



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 29.11.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 6. Dezember 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden**

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. **Genehmigung der Niederschrift über das gemeinsame Jahresgespräch mit dem Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit und über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 11.10.2023**
2. **Anträge aus dem Jahresgespräch des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit mit dem Sozialausschuss am 11.10.2023**

2.1 23-A-79-0012

ANLAGEN

E-Roller

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0129) -
- Bericht des Dezernates V vom 19.11.2023 -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 05.12.2023 -

2.2 23-A-79-0013

ANLAGE

Kooperation von ESWE-Verkehr mit dem AK

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0130) -

2.3 23-A-79-0014

ANLAGE

Baumaßnahmen Tiefbauamt

- Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit -
- Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.10.2023 (PN 0131) -

3. 23-F-63-0149

Schulstarterpaket

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 27.11.2023 -

Zu Beginn eines Schuljahres stehen viele Ausgaben an. Schulranzen, Arbeitsmaterialien wie Füller, Malkasten und vor allem Schulbücher müssen Eltern in der Regel selbst kaufen. Lediglich wenige Cent sind im Kinderregelsatz monatlich für Bildung vorgesehen - das ist bei weitem nicht genug, um die Kopierkosten für Arbeitsblätter zu bezahlen. Deswegen gibt es die Leistungen für Bildung und Teilhabe. Dazu gehört unter anderem das Schulstarterpaket. Für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf stehen 2023 insgesamt 174 EUR zur Verfügung.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. In welcher Form werden Eltern über das Schulstarterpaket informiert?
2. Was ist im Schulstarterpaket enthalten, was muss anderweitig beantragt werden?
3. Wie viele Anträge zum Schulstarterpaket gab es seit Einführung?
4. wie die Mehrsprachigkeit integriert werden kann.

4. 23-F-69-0086

Berufsvorbereitungskurse in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.11.2023 -

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen richten sich an junge Menschen, die eine Ausbildung oder Arbeitsstelle suchen, ohne berufliche Erstausbildung sind, aber die allgemeine Vollzeitschulpflicht bereits erfüllt haben. Die berufsvorbereitenden Maßnahmen verbessern die Chancen und Voraussetzungen junger Menschen, eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle zu finden und nach Bedarf, den Hauptschulabschluss nachzuholen - ein wichtiges Qualifizierungsinstrument. Je nach Schwerpunkt und Zielgruppe werden hier Schlüsselkompetenzen für den Berufsalltag vermittelt.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. welche Organisationen und Einrichtungen in Wiesbaden Berufsvorbereitungskurse anbieten.
2. auf welchem Weg junge Menschen die Berufsvorbereitungskurse in Wiesbaden erreichen können. Durch welche Rechtskreise gelangen junge Menschen in Wiesbaden zu den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen?
3. Die Vermittlungszahlen in Wiesbaden sind in einem Bereich (SGB II) stark zurückgegangen.
 - a. Warum sind die Vermittlungszahlen zu den berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen so stark zurückgegangen?
 - b. Was wird unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern und wieder einen Anstieg an Teilnehmenden der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen in Wiesbaden zu erreichen?
4. wie sich die Zahlen seit 2018 entwickelt haben (getrennt nach Rechtskreisen). Wie ist der aktuelle Stand an jungen Menschen in Wiesbaden, die an Berufsvorbereitungskursen in Wiesbaden im Jahr 2023 teilnehmen?
5. wie er diese Entwicklung beurteilt. Vermutet der Magistrat gegebenenfalls einen Einfluss der Gestaltung des Bürgergeldes auf die Zahlen der Berufsvorbereitung?
6. ob Änderungen in diesem Bereich zu erwarten sind. Falls ja, wie sehen diese Änderungen konkret aus?

5. 23-F-15-0030

Arbeitsmarktzugang von ukrainischen Flüchtlingen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.11.2023 -

Vorbemerkung: Die Integration von ukrainischen Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt läuft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr schleppend. Nur ca. 20 % von Ihnen haben bundesweit eine sozialversicherungspflichtige Arbeit gefunden; während es in anderen europäischen Ländern bis zu 2/3 und mehr sind.

Zu Recht können Geflüchtete aus der Ukraine ohne aufwendiges Asylverfahren bei uns leben, sind in die Gesundheits- und Sozialsysteme integriert und dürfen sofort arbeiten. Seit Juni 2022 bekommen sie den Bürgergeldsatz; auch Wohn- und Nebenkosten werden ihnen bei Bedarf erstattet. Trotzdem ist ihre Beschäftigungsquote im letzten Jahr nicht wesentlich gestiegen.

Vor diesem Hintergrund wird der Magistrat um einen Sachstandsbericht zur Situation der ukrainischen Flüchtlinge in Wiesbaden gebeten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

- wie viele ukrainische Flüchtlinge in Wiesbaden leben,
- wie viele von Ihnen und ihren Familien Bürgergeld beziehen,
- wie viele davon im letzten Jahr den Rechtskreis des Bürgergeldes verlassen konnten, um eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aufzunehmen, und
- welche Maßnahmen der Magistrat ergriffen hat bzw. ergreifen wird, um den Integrationsprozess in den Arbeitsmarkt zu verbessern?

6. 23-F-63-0152

Rainbow Refugees

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.11.2023 -

Unter den derzeit nach Deutschland kommenden Geflüchteten sehen sich lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle Menschen (LSBTI) Diskriminierungen ausgesetzt. Viele haben bereits in ihren Heimatländern oder auf der Flucht Gewalt erfahren. Geflüchtete, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminiert werden, können sich an das Aktionsbündnis "Rainbow Refugees" wenden. Seit 2014 gibt es im Rathaus viermal im Jahr den Runden Tisch „LSBT*IQ-Lebensweisen“ - entstanden auf Initiative von Warmes Wiesbaden. Ein Ergebnis des am 08.08.23 stattgefundenen Runden Tisches war, dass von Problemen und Übergriffen auf LSBT*IQ Menschen in Gemeinschaftsunterkünften berichtet wurde. Homophobie und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind in Deutschland kein unbekanntes Phänomen. Es gab und gibt Ausgrenzungen und daraus resultierende, teilweise gewalttätige Übergriffe unabhängig von Flucht und Migration. In Gemeinschaftsunterkünften, in welchen viele einander unbekannte Menschen auf engem Raum mit den manchmal schwierigen räumlichen und sozialen Verhältnissen umgehen müssen, spitzt sich manch allgemeines Konfliktpotential aber mehr zu, als das in freiwillig gewählten Wohn- und Lebenssituationen zu erwarten ist. Diesen spezifischen Ausschnitt allgemeiner gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit möchten wir in diesem Antrag betrachten.

Ein weiteres Ergebnis des runden Tisches LGBT*IQ war, dass Asylsuchende, die bereits gegengeschlechtliche Hormone einnehmen, oft in den ersten Monaten nach Ankunft in Deutschland mit einer Versorgungslücke konfrontiert sind. Das wirkt sich negativ auf das psychische Befinden der Betroffenen aus.

2021 hat die inoffiziell unter dem Namen "Rainbow- Haus" geführte Unterkunft für queere Geflüchtete geschlossen. Die Bewohner hatten vor Ort einen guten Zugang zur LSBT spezifischen Flüchtlingsberatung der AIDS-Hilfe.

***Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:***

1. Gibt es in großen Unterkünften Konzepte zur Verhinderung von Queerfeindlichen Übergriffen?
2. Wodurch entsteht die Versorgungslücke in Bezug auf gegengeschlechtliche Hormone und welche Möglichkeit zur Behebung dieser gibt es?
3. Wie werden die Mitarbeitenden der Stadt, egal ob in den Unterkünften, beim Sozialdienst, Asyl oder auf anderen Stellen - für die Problematik sensibilisiert?
4. Der Magistrat wird gebeten, ein Gewaltschutzkonzept zur Prävention homofeindlicher oder transfeindlicher Angriffe zu erstellen und dem Ausschuss vorzustellen. Dabei sollte mit Nachbarkommunen und dort aktiven Netzwerken, wie beispielsweise den Rainbow Refugees, in den Austausch gegangen werden und die Ergebnisse in die Konzeption einfließen.

7. 23-F-69-0087

Streichung Zuschuss Häusliche Hilfen

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 29.11.2023 -

Häusliche Hilfen unterstützen ältere oder behinderte Menschen in ihrer Haushaltsführung, damit sie möglichst lange selbstständig wohnen können.

Der Haushaltsentwurf 2024 sieht eine vollständige Streichung der Zuschüsse für den Bereich der häuslichen Hilfen vor. Am 22.11.2023 wurden die bis zum 31.12.2024 laufenden Zuschussverträge mit den sechs Leistungserbringern wirksam zum 31.12.2023 gekündigt - ohne Vorankündigung der geplanten Einsparungen für das Jahr 2024.

Die beabsichtigte Streichung der Zuschüsse würde eine erhebliche Versorgungslücke in Wiesbaden verursachen und rund 500 Menschen, die auf die häuslichen Hilfen angewiesen sind, betreffen. Die seit Jahren durch die häuslichen Hilfen betreuten Menschen können durch den Wegfall der Unterstützung nicht mehr in ihren eigenen vier Wänden wohnen bleiben, was gegebenenfalls Folgekosten für den Sozialhilfeträger bedeuten würde.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den sechs Leistungserbringern für häusliche Hilfen eine Übergangsfrist von mindestens 6 Monaten zu ermöglichen. Aktuell belaufen sich die jährlichen Kosten auf ca. 1,2 Mio. €. Bei einer Übergangsfrist von 6 Monaten macht dies ca. 600 T €. Refinanzierungsoptionen könnten sein:

- a. Reduzierung des Radverkehrstopfes
- b. Streichung Planungskosten Rathaussanierung

- c. Kürzung des Klimatopfes
- d. Aussetzung des freien Schwimmbadeintritts
- e. Keine kostenlosen Menstruationsprodukte
- f. Aussetzung der Förderung für Lastenfahräder

8. 23-F-15-0032

Hans-Bredow-Straße statt Lessingstraße
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 30.11.2023 -

Am Anfang der Diskussion über eine geplante Gemeinschaftsunterkunft in der Lessingstraße 16-18 wurde die Notwendigkeit dafür seitens der städtischen Verantwortlichen gegenüber den Anwohnern und der Öffentlichkeit damit begründet, dass die Gemeinschaftsunterkunft in der Hans-Bredow-Straße 1 zeitnah geschlossen werden müsse. Die Lessingstraße solle als Ersatz dienen. Da die Hans-Bredow-Straße nun jedoch weiter betrieben werden kann und wohl auch wird, fällt der ursprünglich genannte Grund für die Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in der Lessingstraße weg. Daher sollte man auf diese neue Einrichtung verzichten. Alles andere wäre ein grober Vertrauensbruch gegenüber den Anwohnern der Lessingstraße und Umgebung.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Weiternutzung der Gemeinschaftsunterkunft in der Hans-Bredow-Straße 1 bis mindestens Juli 2026. Im Gegenzug wird auf die Nutzung der Lessingstraße 16-18 als Gemeinschaftsunterkunft verzichtet.

9. 21-J-43-0003

Würdigung von Gastarbeiter*innen in Wiesbaden
- Antrag des Ausländerbeirates vom 16.11.2021 -
- Bericht des Dezernates IV vom 27.09.2023 -

- Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung -

10. 23-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

11. Verschiedenes

Tagesordnung II

Die Magistratsberichte zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 6 stehen im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung.

1. 21-F-69-0007

Behinderten die Teilhabe am öffentlichen Leben wieder ermöglichen
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 27.10.2021 -
- Bericht des Dezernates VI vom 30.10.2023 -

2. 23-F-15-0016

Wirtschaftliche Situation der Alten- und Pflegeeinrichtungen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 20.06.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 06.10.2023 -

3. 23-F-15-0019

DL 35/23-1

Jobcenter in seiner jetzigen Form nicht gefährden!
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 04.09.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 18.10.2023 -

4. 23-F-65-0009

Grundschulkinderbetreuung sichern: Gut betreut ins neue Schuljahr
- Antrag der Fraktionen FDP, CDU, FWG/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 06.07.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.10.2023 -

5. 23-F-69-0025

Personalsituation in der Grundschulkinderbetreuung/Hort
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.10.2023 -

6. 23-I-30-0013

Internet in Gemeinschaftsunterkünften
- Beschluss Nr. 0056 des Ausländerbeirates vom 25.09.2023 -
- Bericht des Dezernates VI vom 11.11.2023 -

- | | | |
|------------|--|--------------------|
| 7. | 23-V-06-0007 | ANLAGE |
| | Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2023 | |
| 8. | 23-V-06-0008 | DL 35/23-4 |
| | Vorabfreigabe eines Anteils der Zuschüsse für 2024 im Bereich Dez. VI | |
| 9. | 23-V-06-0009 | DL 35/23-5 |
| | Bericht zur Umsetzung des Wohngeld-Plus-Gesetzes; Personalaufstockung im Sachgebiet Wohngeldbehörde (500230) des Sozialleistungs- und Jobcenters | |
| 10. | 23-V-06-0010 | DL 36/23-3 |
| | Verlängerung der Mietpreisbremse bei GWW und GeWeGe bis 31.12.2024 | |
| 11. | 23-V-51-0044 | DL 36/23-7 |
| | Sicherung der pauschalfinanzierten Kita-Träger durch Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik | |
| 12. | 23-V-51-0046 | DL 36/23-8 |
| | Bericht der AG Bezahlbarer Wohnraum und Klima | |
| 13. | 23-V-51-0047 | DL 35/23-19 |
| | Rechtsanspruch; Ganztage in Schulentwicklungsplanung | |
| 14. | 23-V-51-0049 | DL 36/23-9 |
| | Investitionszuschuss an den Träger Lebenshilfe e. V. | |

Seite 9 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am 6. Dezember 2023

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Sebastian Rutten
Vorsitzender

TOP 2.1/I



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

II. Bedarfe im Sinne der Teilhabe behinderter Menschen Neue Vorgänge Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 11. Oktober 2023

Vorlagen-Nr. 23-A-79-0012

E-Roller

Verschiedene Informationen aus der Presse sind im AK angekommen.

1. Ist es richtig, dass die Stadt von den Verleihern Gebühren einnimmt? Wenn ja, was geschieht mit diesen Geldern?
2. Sind inzwischen im Bereich des historischen Fünfecks überall Parkzonen für E-Roller eingerichtet worden?
3. Wie wird die Sicherheit besonders für behinderte und ältere Mitbürger in Bezug auf falsch abgestellte Roller im übrigen Stadtgebiet gewährleistet?

Der AK fordert

- a. ein wirksames Verbot der Nutzung in Parkanlagen und Fußgängerzonen durch entsprechende Programmierung der Roller von den Anbietern
- b. eine zentrale Telefonnummer in der Stadt Wiesbaden zum Zweck der Mitteilung falsch geparkter Roller
- c. ein System schneller Beseitigung gefährlich herumliegender E-Roller.

Protokollnotiz Nr. 0129

I. Die Antworten des Dezernates V werden zur Kenntnis genommen:

Zu 1.

Antwort von Dezernat V:

Es ist zutreffend, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden ab 01.10.2023 7,50 € pro E-Tretroller und Quartal für das Aufstellen und gewerbliche Vermieten der E-Tretroller im Stadtgebiet verlangt. Die Gelder werden nach der Hessischen Gemeindeordnung für die Deckung der städtischen Ausgaben verwendet.

Zu 2.

Antwort von Dezernat V:

Bislang sind lediglich am Hauptbahnhof vier Abstellzonen eingerichtet worden. Dabei ist der Bahnhofsvorplatz zu einer digitalen Sperrzone erklärt worden, so dass lediglich auf diesen Abstellflächen die E-Tretroller aufgestellt und das Mietverhältnis auch nur dort beendet werden

kann. Das Tiefbau- und Vermessungsamt arbeitet mit Hochdruck daran, weitere 38 Abstellflächen im Historischen Fünfeck zu markieren. Mit Abschluss dieser Arbeiten wird dann auch das Historische Fünfeck zu einer digitalen Sperrzone, so dass der Beginn und die Beendigung der Mietzeit ausschließlich nur noch auf diesen Abstellflächen erfolgen kann.

Zu 3.

Antwort von Dezernat V:

Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass ab 01.10.2023 alle Gehwege unter einer Breite von 2,00m, an allen Bushaltestellen in einem Umkreis von 30m, alle Parks, Grünanlagen, Zufahrten zu den Feuerwachen und Fußgängerzonen zu einer digitalen Sperrzone werden sollen, so dass der Beginn und die Beendigung der Mietzeit der E-Tretroller in diesen Bereichen nicht mehr erfolgen können soll.

Zu a.

Antwort von Dezernat V:

Wie bereits unter 1.3. geschildert werden dabei auch alle Parkanlagen und Fußgängerzonen zu einer digitalen Sperrzone für diese Fahrzeuge.

Zu b.

Antwort von Dezernat V:

Eine zentrale Telefonnummer bei der Stadtverwaltung wird es nicht geben. Allerdings wird den Verleihfirmen in den Sondernutzungserlaubnissen, die die Landeshauptstadt Wiesbaden erstmals zum 01.10.2023 erlässt, zur Auflage gemacht, dass „die Erreichbarkeit eines örtlichen Ansprechpartners per Telefon und über eine Internetplattform rund um die Uhr gewährleistet sein muss.“ Weiterhin heißt es in dieser Auflage, dass „die Kontaktdaten der Servicehotline an den E-Tretrollern gut sichtbar auch in tastbarer Blindenschrift für die Bürger anzubringen ist, so dass eine direkte Kontaktaufnahme möglich wird. Beschwerden sind dabei jederzeit von der Servicehotline entgegen zu nehmen und unverzüglich der weiteren Bearbeitung zuzuführen. Dabei muss diese Servicehotline mit Personal besetzt sein, welches, entsprechend des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen, mindestens das Sprachlevel B2 in Deutsch vorweisen kann.“

Zu c.

Antwort von Dezernat V:

Hierzu wird ab 01.10.2023 den Verleihfirmen zur Auflage gemacht, dass „wenn von Dritten gemeldet wird, dass E-Tretroller hindernd oder gefährdend abgestellt werden, die Verleihfirmen diese Fahrzeuge unverzüglich umzuverteilen, ordnungsgemäß aufzustellen oder aus dem öffentlichen Raum zu entfernen haben.“

II. Der Punkt wird auf die nächste Sitzung des Sozialausschusses am 06.12.2023 verschoben.

III. Der Magistrat wird gebeten bis dahin eine ergänzte Stellungnahme nachzureichen, die sich auf den Aspekt eines Nutzungsverbots (Fahren) in Parkanlagen und Fußgängerzonen und nicht auf das Abstellen in digitalen Sperrzonen bezieht.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 2.11.2023



Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 2.11.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 7.11.2023

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme zu I. und II.
und weitere Veranlassung zu III.



Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

BM

6703

8. NOV. 2023





6. 20.11.2023

über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

Jan 22.11.

über
Magistrat

und
Herr Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an den Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie

Der Magistrat

Dezernat für
Bauen & Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

19 . November 2023

Betreff

PN 0129 vom 11.10.2023 (Vorlagen-Nr.23-A-79-0012)

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, bis dahin eine ergänzte Stellungnahme nachzureichen, die sich auf den Aspekt eines Nutzungsverbots (Fahren) in Parkanlagen und Fußgängerzonen und nicht auf das Abstellen in digitalen Sperrzonen bezieht.

Berichtstext des Dezernat V:

Das Amt für Straßenverkehr und Stadtpolizei teilt mir mit, dass in Zusammenarbeit mit dem Tiefbau- und Vermessungsamt und ESWE Verkehr zurzeit geprüft wird, ob es technisch möglich ist neben den digitalen Sperrzonen für das Abstellen, auch solche Zonen für den Betrieb der E-Tretroller zu definieren und digital festzulegen.

Sollte dies technisch möglich sein, wird im zweiten Schritt in Zusammenarbeit mit dem Rechtsamt geprüft, ob diese technische Erweiterung den E-Tretroller-Verleihfirmen mittels einer Auflage bei der zukünftigen Bewilligung per Sondernutzungserlaubnis auferlegt werden kann.

Sollte diese Prüfung erfolgreich verlaufen, wird bei der Bewilligung zukünftiger Sondernutzungserlaubnisse diese neue Auflage berücksichtigt und dementsprechende digitale Sperrzonen eingerichtet. Dabei sind die Abstimmungen noch nicht abgeschlossen. Eine abschließende Stellungnahme aller Beteiligten wird nicht vor Ende Januar 2024 gerechnet.

Mit freundlichen Grüßen

Gustav-Stresemann-Ring 15
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611 31-5180 / 31-5041
Telefax: 0611 31-5959
E-Mail: Dezernat.V@wiesbaden.de



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

II. Bedarfe im Sinne der Teilhabe behinderter Menschen Neue Vorgänge Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 11. Oktober 2023

Vorlagen-Nr. 23-A-79-0013

Kooperation von ESWE-Verkehr mit dem AK

Der AK unterstützt ESWE-Verkehr durch entsprechende Stellungnahmen bei der Förderung von barrierefreier Umgestaltung von Bushaltestellen in der Landeshauptstadt.

Allerdings werden wir schon lange nicht mehr einbezogen, wenn Neuerungen geplant oder neue Bussysteme erprobt werden. So wurden die Fahrtzielanzeigen in den Bussen verändert, was sowohl die Schriftgröße als auch die Kontrastgestaltung verschlechtert hat.

Auch wurde ein neuer Langbus erprobt. Im Wiesbadener Kurier war dann zu lesen, ein Fahrgast habe bei der Probefahrt gefunden, dieser Bus sei sicher sehr gut auch für behinderte Menschen geeignet. Wir fordern, in solchen Fragen als AK mit unserer realen Expertise in solche Situationen mit eingeladen zu werden.

1. Einbeziehung in Neuerungen

Wir fordern, dass der AK mit seinen Vertreter*innen unterschiedlichster Beeinträchtigungen in solchen Veränderungsprozessen eingeladen und einbezogen wird.

2. Ausbau von Haltestellen

Wann welche Haltestellen barrierefrei umgebaut werden, wird uns nicht mitgeteilt. Wir fordern hier Mitsprache oder zumindest im Vorfeld die Information über die Planungen.

Die Haltestellen Luisenplatz und Kirchgasse sollten wegen ihrer zentralen Lage möglichst zeitnah umgebaut werden. Dabei sollte auch eine Querung für Rollstuhlfahrende vom Kirchenreulchen zur Haltestelle Luisenplatz ermöglicht werden.

Protokollnotiz Nr. 0130

1. Der Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit wird aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung des Sozialausschusses am 06.12.2023 verschoben.
2. Der Magistrat wird gebeten, bis dahin eine schriftliche Stellungnahme vorzulegen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 2.11.2023

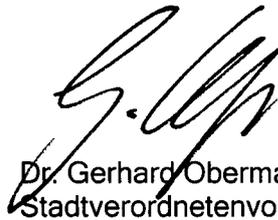


Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 2.11.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 7.11.2023

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme zu 1.
und weitere Veranlassung zu 2.



Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

187

10. Nov. 2023



TOP 2.3/I



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

II. Bedarfe im Sinne der Teilhabe behinderter Menschen Neue Vorgänge Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 11. Oktober 2023

Vorlagen-Nr. 23-A-79-0014

Baumaßnahmen Tiefbauamt

In verschiedenen Fragen wird der AK einbezogen, in vielen anderen erleben wir leider häufig wenig Resonanz und auch falsche Gestaltungen.

1. Haltestelle Platz der dt. Einheit

Zur Querung Bleichstraße am Platz der der Deutschen Einheit: Im Rahmen der Neugestaltung der Bushaltestelle am Platz der Deutschen Einheit wurde teilweise eine Auffindestreifen für die Querung der Bleichstraße und Schwalbacher Straße verlegt. Dieser entspricht jedoch nicht der Norm und kann so nicht bleiben.

2. Bahnhof Wiesbaden Aurigen-Medenbach

Das Leitsystem, das zum Fußweg führt endet mit einem Aufmerksamkeitsfeld, das mit einem Stein und einem Pfahl verstellt ist.

3. Fußgänger-Querung Langenbeckplatz

Die wichtige Querung an der Ampelanlage Langenbeckplatz, die zur Erreichung des St. Josef-Hospital nötig ist, ist für Rollstuhlfahrende nicht barrierefrei möglich. Dies liegt u.a. an dem kleinen Hügel auf der einen Seite der Fußgängerrampe und an mangelnder Abflachung an der anderen Seite.

Wegen des großen Krankenhauses ist dies eine besonders wichtige Kreuzung. Damit sollte hier schnell gehandelt werden. Der AK steht zur Begehung vor Ort bereit.

An verschiedenen Punkten arbeiten die Stadt Wiesbaden und verschiedene Ämter konstruktiv mit dem AK zusammen. Erwähnt werden kann der Ausbau der Radwege, verschiedene Anfragen kleinerer Projekte wie die Sicherung der Röhrenskulptur am Rheinufer in Mainz-Kastel und die Fahrrad-Spindel zur Kaiserbrücke.

Dies wünschen wir auch in den anderen Fragen. Unsere Expertise aufgrund der Zusammenarbeit des AK mit Menschen unterschiedlichster Beeinträchtigungen, kann und sollte von der Stadt genutzt werden.

Protokollnotiz Nr. 0131

1. Der Antrag des Arbeitskreises Inklusion und Barrierefreiheit wird aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung des Sozialausschusses am 06.12.2023 verschoben.
2. Der Magistrat wird gebeten, bis dahin eine schriftliche Stellungnahme vorzulegen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, 2.11.2023



Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 2.11.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung



Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, 7.11.2023

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme zu 1.
und weitere Veranlassung zu 2.



Gert Uwe Mende
Oberbürgermeister 182

08. Nov. 2023


Betreff Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2023

Dezernat/e VI

Bericht zum Beschluss

Nr. vom

Erforderliche Stellungnahmen

- Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
- Kämmerei
- Frauenbeauftragte nach HGIG
- Frauenbeauftragte nach HGO
- Sonstiges

- Rechtsamt
- Umweltamt: Umweltprüfung
- Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

- Kommission
- Ausländerbeirat
- Kulturbeirat
- Ortsbeirat
- Seniorenbeirat

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

- nicht erforderlich erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

13. Nov. 2023

Stadtverordnetenversammlung

- Tagesordnung A Tagesordnung B
- Umdruck nur für Magistratsmitglieder
- nicht erforderlich erforderlich
- öffentlich nicht öffentlich
- wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Liste Beschlussvorschlag der AG Troncmittel Vergabe
Soziales vom 30.10.2023

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Gewährung von Zuschüssen aus Troncmitteln für den Bereich Soziales 2023.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

1.1 In 2023 stehen zur Verwendung für den Bereich Soziales anteilige Spielbankmittel (Tronc) in Höhe von 49.857,83 Euro bereit.

1.2 In der Sitzung der Arbeitsgruppe Troncmittel Vergabe Soziales am 30.10.2023 wurde die Liste zur Verteilung der Troncmittel Soziales (siehe Anlage) erarbeitet.

2. Es wird beschlossen:

2.1 Im Ergebnishaushalt /CO werden die erforderlichen Haushaltsmittel beim Innenauftrag 300802 96 Troncmittel Soziales Dezernat VI in Höhe von 49.782,65 Euro bereitgestellt und gemäß dem Beschlussvorschlag (siehe Anlage) der sozialpolitischen Sprecher verteilt. Der Restbetrag aus 2023 in Höhe von 75,18 Euro, der in 2023 nicht verausgabt wird, wird in 2024 den Troncmitteln Soziales 2024 für Dezernat VI zur Verfügung gestellt.

2.2 Der Magistrat (Dezernat VI i.V.m. III/20) wird mit der haushalts- und verwaltungstechnischen Umsetzung beauftragt.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

Bestätigung der Dezernent*innen

VI

**Dr.
Patricia
Becher**

Digital
unterschrieben
von Dr. Patricia
Becher
Datum: 2023.11.01
12:13:41 +01'00'

Dr. Becher
Stadträtin

Beschlussvorschläge der**AG Troncmittel Vergabe Soziales 2023**

erarbeitet in der Sitzung am 30.10.2023

Troncmittel Soziales Ansatz 2023		45.000,00 €
	anteilige Zusetzung aus 2022	4.857,83 €
	Gesamt zur Verfügung 2023	49.857,83 €
	Summe beantragte Zuwendungen 2023	82.170,82 €
	Summe bewilligte Zuwendungen 2023 am 30.10.2023	49.782,65 €
	Rest 2023	75,18 €

20 23 Nr.	Antrags- datum bis 30.09.	Antragsteller	Erläuterung	Gesamtkosten 2023	beantragte Zuwendung 2023	Zuschuss 2023 lt. Entscheidung 30.10.2023	Bemerkung	Kont- objekte
1	15.02.2023	IB Südwest gmbh	Musikprojekt für Kita Roonstrasse. Das Projekt soll vom 01.08.2023 - 31.07.2024 einmal wöchentlich stattfinden und für alle 12 Vorschulkinder kostenfrei angeboten werden. Hierfür fallen Kosten von 3.780 € + 659 € für Instrumente und Aufbewahrung	4.439,00 €	4.439,00 €	4.439,00 €		300802/ 785990
2	04.05.2023	LAB - Leben aktiv bereichern	Anschaffung von LED- Leuchten (444,21 €, Akkustikpaneelle 896,38 €)	1.340,59 €	1.340,59 €	1.340,59 €		300802/ 785990
3	05.05.2023	Pflegezentrum Robert- Krekel Haus (Awo)	Demenzorientierte Gestaltung Wohnbereiche- alle Wohnbereiche so dekorieren und ausstatten, dass Menschen mit kognitiven Einschränkungen sich besser orientieren können. z.B. Austausch Symbole, Farben, Materialien, grosse Uhren, Fototapeten,.....	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €		300802/ 785990
4	19.05.2023	Awo Frauenhaus Nurdan Eker	verschiedene Einrichtungsgegenstände z.B. Regal (a 129€),6 Mülleimer a 15€, Kleiderbügel, Teppich (199€), 8 Spiegel (a60€), Wasserkocher, Boxen, 24 Matratzen (a 169€) mit Schoner (a 20€), 4 Stühle (a 80€), 3 Sitzkissen (a50€)	6.152,25 €	6.152,25 €	5.000,00 €		300802/ 785990
5	22.05.2023	Pluspunkt Erbenheim	Anschaffung neues Bühnenlicht	- €	- €	- €	Abgabe an Tronc Kultur	
6	13.07.2023	AGS Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben	Finanzierung Wechsel IT Struktur cloudbasiert	6.800,00 €	6.800,00 €	5.000,00 €		300802/ 785990
7	23.07.2023	Donum Vitae	verschiedene Bücher für Kinder und Jugendliche, Materialien zum Arbeiten mit Kindern (z.B. Karten, Spiele, Körperpuzzle) - Anschaffung eines Laptops für den Kassierer 499 € - Außenpavillon für Veranstaltungen 678 € - Auflagen für Zeltgarnituren 166,69 € - Grillnachmittag: Metro 328,09 €, Flaschenpost 100,40 €	900,00 €	900,00 €	900,00 €		300802/ 785990
8	11.08.2023	VdK Ortsverband Biebrich	Einrichtung eines Mehrgenerationenraumes im Gemeindezentrum, Umbau in Eigenleistung des ehem. Werkraumes als Treffpunkt für Jugendliche, Erwachsene und Mütterrunde mit Kleinkinder	1.772,18 €	1.772,18 €	1.772,18 €		300802/ 785990
9	24.08.2023	Kath. Pfarrei St. Peter und Paul, Kirchorst St. Hedwig	Durchführung eines Tagesausfluges (Wandern, eine Museumsbesichtigung oder eine Schifffahrt auf dem Rhein) im Sommer 2024 (Juni) für Bewohner/innen aus dem Schelmengraben, insbesondere ältere Menschen, die weniger soziale Kontakte haben	500,00 €	500,00 €	500,00 €	Antrag 9 und 20	300802/ 785990
10	24.08.2023	Landmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V.		150,00 €	150,00 €	150,00 €		300802/ 785990

20 23 Nr.	Antrags- datum bis 30.09.	Antragsteller	Erläuterung	Gesamtkosten 2023	beantragte Zuwendung 2023	Zuschuss 2023 lt. Entscheidung 30.10.2023	Bemerkung	Kont- objekte
11	31.08.2023	Ev. Pfarramt für Behindertenseelsorge, Förderkreis der Behindertenseelsorge e.V.	<p>1. Sachkosten für Catering und Gestaltung des Kulturforums für das Inklusive Konzert mit der Wiesbadener Musik- und Kunstschule im März 2024</p> <p>2. Satz Sommerreifen für den Kleinbus des Förderkreises</p> <p>3. Bei Wochenendprojekten, Tagesausflügen und Freitagsclub "on Tour": qualifizierte Führungen für Menschen mit geistigen Behinderungen (analog 2020, 2021,2022)</p> <p>4. Anschaffung von großen Bilderrahmen und Hängesystemen für eine Fotoausstellung</p> <p>5. Anschaffung eines flexiblen Podiums für die MusikerInnen bei Auftritten</p> <p>6. Dekomaterial für unterschiedliche Projekte im Jahresverlauf z. B. Sommerfest, Karneval, Advent (analog 2020, 2021,2022)</p> <p>7. Erstellung Werbematerial und "goodies" für die Treffen und für Engagierte (analog 2020, 2021,2022)</p> <p>8. Ausleihe eines großen Busses (50-Sitzer) mit Fahrer für den Besuch eines Konzertes im Rahmen "Freitagsclub on Tour"</p> <p>9. Sachkosten Ehrenamtstreffen (analog 2022)</p> <p>10. Erweiterung Materialenkoffer für eine "inklusive Malerwerkstatt" (analog 2022)</p> <p>11. Sachkosten für musikalische Beschallung bzw. Veranstaltungen mit Musik z. B. Sommerfest, Ausleihe Musik-/Verstärker, Anlage für Lichteffekte, Tische, Bänke</p>	2.500,00 €	2.500,00 €	2.500,00 €		300802/ 785990
12	18.09.2023	MOJA e. V. Verein zur Förderung mobiler Jugendarbeit	<p>Für das Fanprojekt Wehen Wiesbaden von MOJA e. V. wird die Anschaffung einer Siebdruckmaschine beantragt.</p> <p>4-Farb Siebdruck Set mit Siebdruckkarussell 659,99 Euro</p> <p>zusätzliches Rahmenseit 135,99 Euro</p> <p>zusätzliche Farbeimer 10 Stück 134,90 Euro</p>	930,88 €	930,88 €	930,88 €		300802/ 785990
13	25.09.2023	Caritasverband Wiesbaden- Rheingau-Taunus/ Stadtteilbüro BauHof	<p>Ausstattung eines Kinder-Kunstcontainer- 6 Kindgerechte Werkstattthocker a 100 €, kindgerechtes Werkzeug: 400 €</p>	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €		300802/ 785990
14	28.09.2023	Freiwilligenzentrum Wiesbaden e.V.	<p>- digitale und gedruckte Publikation über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagement anhand der Geschichte des Freiwilligen-Zentrum - Auflage von mindestens 500 Stück Kosten: 5.500 €</p> <p>- öffentliche Feierstunde mit Dank und Respekt für Engagierte: 2.500 €</p>	8.000,00 €	8.000,00 €	5.000,00 €		300802/ 785990

20 23 Nr.	Antrags- datum bis 30.09.	Antragsteller	Erläuterung	Gesamtkosten 2023	beantragte Zuwendung 2023	Zuschuss 2023 lt. Entscheidung 30.10.2023	Bemerkung	Kont.- objekte
15	28.09.2023	Aufwind! e.V.	Unterstützung von Kindern mit krebserkrankten Eltern, Familienwochenende für Kinder mit ihren krebserkrankten Eltern Teilnehmende: 4-6 Familien Wochenende bevorzugt Jugendherberge im Rheingau, Taunus oder Westerwald Kosten für Übernachtung und Verpflegung 1.500 € zusätzliche qualifizierte Honorarkraft 1.200 € evtl. Eintrittsgebühren 200 €, Bastelmaterial 100 € Gestaltung und Druck Flyer und Plakate 500 €	3.500,00 €	3.500,00 €	3.500,00 €		300802/ 785990
16	29.09.2023	Regionale Diakonie Wiesbaden - Frauenhaus	Schwimmkurs für die Bewohnerinnen und deren Kinder, da z. Zt. keine Schwimmen kann. 10 Personen (Frauen und Schulkinder) je ca. 150 Euro	1.500,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €		300802/ 785990
17	30.09.2023	Stadjugendring Wiesbaden e.V.	Jugendnaturschutz attraktiver machen - Lehmofen mit Grill 3.000 Euro - 2 Aluminiumtore (Fußball) 2.000 Euro nur Materialkosten, da Umsetzung im Rahmen der 72-Stunden-Aktion mit ehrenamtlichen Helfer*innen erfolgen soll.	5.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €		300802/ 785990
18	30.09.2023	Pfadfinder Stamm Mutter Teresa	50-jähriges Jubiläum des Pfadfinderstammes Mutter Teresa, Festwochenende auf dem Jugendnaturschutzplatz im September 2024 - Design Save-the-Date-Karte & Plakate & Jubiläumslogo 10 x 50 € = 500 € - Druck Save-the-Date-Plakate Flyeralarm 32,69 € - Druck Save-the-Date-Karte Flyeralarm 28,23 € - Porto Save-the-Date-Karten 300 Stk. x 0,70 € = 210 € - Miete Jugendnaturschutzplatz Wiesbaden 1.600 € - Ausstattung Toiletten 50 € - Bühne, Technik, Licht 5.000€ - Band 3.000 € - Verpflegung inkl. Geschirr und Tischdecken 9.000 € - Snacks & Süßigkeiten 200 € - Getränke inkl. Kühlung 2.500 € - Dokumentarfilm 3.500 € - Fotograf 500 € - Feuerholz 500 € - Komplette Gigajurte 9 m als Gästebuch 2.124,50 € (50% über SJR) - Dekoration (Kerzen & Fackeln) 250 € (50% über SJR) - 250 Jubiläumsaufnäher 280,50 € (50% über SJR) - 100 Jubiläums Halstücher 425 € (50% über SJR)	29.700,92 €	29.700,92 €	5.000,00 €		300802/ 785990

20 23 Nr.	Antrags- datum bis 30.09.	Antragsteller	Erläuterung	Gesamtkosten 2023	beantragte Zuwendung 2023	Zuschuss 2023 lt. Entscheidung 30.10.2023	Bemerkung	Kont.- objekte
19	30.09.2023	Ateneo Latino e.V.	<p>Förderung internationaler Gesinnung und Toleranz sowie Volkerverständigung, Angebot für ältere Menschen, Frauengruppe zum Basteln (Argentinierin), Malen (chilenische Malerin) und Handarbeiten (Dom. Rep.)</p> <p>Materialkosten für jeweils 10 Teilnehmer*innen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aquarell-Workshop 440 € - Bastel-Workshop 1.950 € - Strick-Workshop 1.920 € - Büroausgabe 200 € - Verpflegung 200 € - Projektvorbereitung und Koordination 500 € - Gestaltung Flyer 100 € - Honorar Workshopleiterinnen 3 x 200 € = 600 € - Raummiete 33 Termine x 25 € = 825 € 	6.735,00 €	6.735,00 €	5.000,00 €		300802/ 785990
20	27.09.2023	Kath. Pfarrei St. Peter und Paul, Bibelgarten	<p>Für den Bibelgarten in dem die 7 wichtigsten Früchte Israels (u.a. Weintrauben und Getreide) wachsen wird benötigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Weinkelter - Traubenmühle - Mahlstein für Getreide - Bollerwagen für den Transport der Hilfsmittel 	250,00 €	250,00 €	250,00 €	Antrag 9 und 20	300802/ 785990
				82.170,82 €	82.170,82 €	49.782,65 €		

Stellungnahme(n)

zur

SV

Stellungnahme der Kämmerei zur Sitzungsvorlage Nr. 23-V-06-0007
Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2023

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen
- siehe gesonderte Stellungnahme:

Wiesbaden,
Amt 20

3405 sr

 Digital
unterschrieben von
Hendrik Schmehl
Datum: 2023.11.09
12:48:32 +01'00'

Dr. Schmehl
Stadtkämmerer



Vorlage Nr. 23-V-06-0007

Beschluss des Magistrats
Nr. 0894 vom 21. November 2023

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2023

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1 In 2023 stehen zur Verwendung für den Bereich Soziales anteilige Spielbankmittel (Tronc) in Höhe von 49.857,83 Euro bereit.
 - 1.2 In der Sitzung der Arbeitsgruppe Troncmittel Vergabe Soziales am 30.10.2023 wurde die Liste zur Verteilung der Troncmittel Soziales (siehe Anlage *zur Vorlage*) erarbeitet.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1 Im Ergebnishaushalt /CO werden die erforderlichen Haushaltsmittel beim Innenauftrag 300802 96 Troncmittel Soziales Dezernat VI in Höhe von 49.782,65 Euro bereitgestellt und gemäß dem Beschlussvorschlag der sozialpolitischen Sprecher (siehe Anlage *zur Vorlage*) verteilt.
Der Restbetrag aus 2023 in Höhe von 75,18 Euro, der in 2023 nicht verausgabt wird, wird in 2024 den Troncmitteln Soziales 2024 für Dezernat VI zur Verfügung gestellt.
 - 2.2 Der Magistrat (Dezernat VI i.V.m. III/20) wird mit der haushalts- und verwaltungstechnischen Umsetzung beauftragt.

(antragsgemäß)

+

+

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um weitere Veranlassung
(Originalvorlage ist beigelegt)

Dezernat VI z. K.

Wiesbaden, den 21. November 2023

Der Magistrat

Mende
Oberbürgermeister